

## Pressemitteilung

### Dürftiges Bundesgesetz zum Nichtraucherschutz

Die im Ärztlichen Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit (ÄARG) zusammengeschlossenen Ärzte sind enttäuscht von dem Gesetz zum Schutz vor Passivrauchen, das heute vom Bundestag verabschiedet wurde.

„Mit dem Gesetz hat die Bundesregierung sich ein Armutszeugnis ausgestellt“, so Prof. Dr. Friedrich Wiebel, Vorsitzender des Arbeitskreises. „Der Bund hat es erneut versäumt, alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor den Gesundheitsgefahren durch Tabakrauch zu schützen. Eine einfache Änderung der Arbeitsstättenverordnung hätte dazu genügt. Stattdessen werden Hunderttausende der Beschäftigten, besonders in der Gastronomie, durch einen rein kosmetischen Zusatz zu der Verordnung abgespeist und bleiben weiterhin dem Passivrauchen ausgesetzt.“

Der Ärztliche Arbeitskreis beklagt weiterhin, dass für die Einhaltung des Rauchverbotes die Hausrechtsinhaber nicht haftbar gemacht werden. „In seiner jetzigen Fassung ist das Gesetz zahnlos“ so Wiebel. Die Verhängung von Ordnungsstrafen ist lediglich mit einem „kann“ versehen. Die Mindesthöhe der möglichen Bußgelder bleibt unbestimmt. Die Hausrechtsinhaber können ungestraft ihre Pflicht, für die Einhaltung der Verbote zu sorgen, vernachlässigen. „Ohne klare und spürbare Sanktionen sind die Probleme beim Vollzug des Gesetzes vorprogrammiert,“ stellt Wiebel fest.

Außerdem mache das Gesetz keine klaren Vorgaben zur Gestaltung der Raucherräume. Diese sollten wenigstens so gestaltet sein, dass von ihnen keine Gesundheitsgefahr für Dritte ausgeht. Selbst diese vom Bundesrat erhobene Minimalforderung wird vom Bund ignoriert. Durch die Lücken des Gesetzes, befürchten die Ärzte, werde dessen Missbrauch Tür und Tor geöffnet.

Wiebel weist darauf hin, dass das nun beschlossene Bundesgesetz beträchtlich hinter den Gesetzentwürfen der Bundesländer zurückbleibt und der Zielvorgabe des Bundes und der Länder, eine möglichst einheitliche gesetzliche Regelung zum Schutz vor dem Passivrauchen in Deutschland zu schaffen, nicht gerecht wird. „Der Bund trägt so seinen Teil zum Flickenteppich, der doch eigentlich vermieden werden sollte, bei.“



Prof. Dr. med. Friedrich Wiebel